Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Planen und Bauen der Stadt Wilhelmshaven am Dienstag, 16. Oktober 2018, 15:00 Uhr, Sitzungszimmer Technisches Rathaus , Nr. 8/2018

Gäste:
Herr Hubert
Herr Klein (Makler)
Herr Königstein (Projektentwickler)
Frau Dr. Markeld
Herr Marzelt (DEHOGA)
Herr Nurin (Shell)
Herr Scheller (DEHOGA)
Herr Stamsen (DEHOGA)
Frau Dr. Wawrzinek (Küstenmuseum)
Herr Wohler (Spar&Bau)

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Detlef Schön
Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert

Fachbereich Hafen und Umwelt

Volker Osterkamp

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller
Grundmandat Thorsten Morisse

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Fachbereichsleiter Frank Amerkamp
Protokollführer Joachim Noack
Stellv. Fachbereichsleiter Hennig Winde
Birgit Wohler

Fachbereich Grundstücke und Gebäude

Werksleiterin Simone Groh

Bauordnungsamt

Fachbereichsleiter Niksa Marusic

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 21.08.2018	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Bebauungsplan Nr. 128 -Fedderwardergroden Nord-West- Aufstellungsbeschluss	**261/2018**
4.2	Bebauungsplan Nr. 129 -Südlich Posener Straße, Brahe-bis Kulmer Straße- Aufstellungsbeschluss	**262/2018**
4.3	Bebauungsplan Nr. 174, 1. Änderung -Logistikpark Langewerth- Aufstellungsbeschluss	**263/2018**
4.4	Stadterneuerung Beschluss über die Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen für einen Erweiterungsbereich des Untersuchungsgebietes Tonndeich	**268/2018**
4.5	Konzept Küstenmuseum Feuerschiff "Weser"	**271/2018**
5	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss	
5.1	Neugestaltung Bismarckplatz: Umbau Trafostation	**266/2018**
6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Hotelprojekt Südstrand	
6.2	Produktberichte II/2018	
6.3	CIMA-Gutachten	
6.4	Städtebauförderung	
7	Öffentliche Anhörungen	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Der Vorschlag von Herrn Schön, den TOP 4.5 wurde vorzuziehen und als erstes zu beraten wurde einstimmig angenommen.

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 21.08.2018

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 21.08.2018 wurde einstimmig angenommen.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bebauungsplan Nr. 128 261/2018
-Fedderwardergroden Nord-West-
Aufstellungsbeschluss

Herr **Amerkamp** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Leinert** ergänzte, dass es sich bei den vorliegenden Bebauungsplänen um Idealplanungen aus Mitte der 30er-Jahre handelt. Die Wohnungen seien an sich viel zu klein, so dass der Wunsch nach Terrassen sowie Sommer- bzw. Wintergärten durchaus verständlich sei. Die Gesamtstruktur der Gebiete solle allerdings erhalten bleiben.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit 9 JA-Stimmen einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 128 - Fedderwardergroden Nord-West - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB als einfachen Bebauungsplan gem. §30(3) BauGB.

4.2 Bebauungsplan Nr. 129 262/2018
-Südlich Posener Straße, Brahe-bis Kulmer Straße-

Aufstellungsbeschluss

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit 9 JA-Stimmen einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 129 - Südlich Posener Straße, Brahe- bis Kulmer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB als einfachen Bebauungsplan gem. §30(3) BauGB.

4.3 Bebauungsplan Nr. 174, 1. Änderung -Logistikpark Langewerth- Aufstellungsbeschluss 263/2018

Herr **Leinert** führte in das Thema ein. Die Änderung des Bebauungsplanes sei erforderlich, da bisher jegliche Tankstellennutzung nicht gestattet war, die Planungen der Firma Shell jedoch ausdrücklich eine solche Nutzung vorsehen.

Herr **Nurin** stellte daraufhin die Planungen von Shell vor. Geplant ist ein Autohof in mehreren Bauabschnitten. Der erste Bauabschnitt beinhalte die Tankstelle und soll bis 2020 realisiert sein. Das Investitionsvolumen beträgt etwa 5 Mio. €. In einem zweiten Bauabschnitt soll dann die Gastronomie entstehen. Hierfür stehe auch ein Kooperationspartner zur Verfügung, das Investitionsvolumen liegt bei etwa 3,5 Mio. €. Für das geplante Hotel sei bisher noch kein Kooperationspartner gefunden worden.

Herr **Prof. Dr. Preuß** fragte, ob der 1. Bauabschnitt auch durchgeführt werde, wenn sich die Pläne für den Zweiten zerschlagen sollten und für das Hotel kein Partner gefunden werde. Herr Nurin bejahte dies.

Frau Weinstock fragte, ob ein weiteres Hotel für die Stadt Wilhelmshaven angesichts der bisher bekannten Hotelplanungen noch erforderlich sei.

Herr **Nurin** antwortete, dass dies Wunsch der Stadt Wilhelmshaven sei.

Herr **Schön** fragte nach der Zielgruppe des Hotels.

Herr **Nurin** antworte, dass man eher die Form eines Motels im Sinn habe, welches für alle, nicht nur für die Fernfahrer, nutzbar sei.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig mit 8 JA-Stimmen bei 1 Enthaltung (Frau Weinstock):

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 174, 1. Änderung - Logistikpark Langewerth - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB.

4.4 Stadterneuerung 268/2018
Beschluss über die Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen für einen Erweiterungsbereich des Untersuchungsgebietes Tonndeich

Herr **Winde** führte in das Thema ein und erläuterte die Vorlage ausführlich.

Herr **Dr. Schulte** fragte, warum dieser Bereich jetzt erst nachträglich dem Untersuchungsgebiet zugefügt werde.

Herr **Winde** antwortete, dass dies aufgrund einer Anregung der Anwohner erfolgt. Diese sei im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangen. Da es sich in diesem Bereich um eine gründerzeitliche Bebauung handelt und ein Sanierungsbedarf gegeben ist, wurde das Untersuchungsgebiet entsprechend ergänzt. Eine ähnliche Anregung gab es bezüglich der Margaretenstraße, die allerdings nicht mit in das Untersuchungsgebiet einbezogen wird, da hier kein Sanierungsbedarf erkennbar ist.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit 9 JA-Stimmen einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 (3) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der Neufassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) für den Erweiterungsbereich Tonndeich (Anlage) und der Erstellung eines integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes wird zugestimmt.

Die zeichnerische Abgrenzung des Untersuchungsgebietes in der Begründung ist Bestandteil des Beschlussvorschlages.

4.5 Konzept Küstenmuseum Feuerschiff "Weser" 271/2018

Herr **Marušič** stellte das erarbeitete Konzept für das ehemalige Feuerschiff Weser ausführlich vor. Bezüglich der Kosten erklärte er, dass diese noch nicht in den

Klausurunterlagen zu finden seien, jedoch nachgetragen werden.

Frau **Dr. Wawrzinek** erläuterte daraufhin die Planungen des Küstenmuseums in Bezug auf das Feuerschiff Weser.

Herr **Harms** fragte nach möglichen Förderungen.

Herr **Maruśič** antwortete, dass eine 50%-Förderung beim Bund beantragt sei und weitere Fördermöglichkeiten z.B. über die NBank geprüft würden.

Herr **Walzner** erklärte, dass nach seinen Erfahrungen die Kosten erheblich höher ausfallen werden als veranschlagt und er daher seine Zustimmung nicht erteilen werde.

Frau **Breuer** fand das Projekt interessant und erinnerte an den Ratsbeschluss, welcher den Erhalt beider Schiffe vorsieht. Sie fragte, ob die Zustimmung zur Instandsetzung des Feuerschiffes gleichzeitig den Verzicht auf den Tonnenleger Kapitän Meyer bedeute.

Herr **Maruśič** antwortete, dass dies nicht der Fall sei. Die Kapitän Meyer befände sich in einem erheblich besseren Erhaltungszustand und sei zurzeit in der Werft, um ein neues Schwimmfähigkeitszeugnis zu erhalten. Sie ist ein technisches Denkmal und ein Konzept hierfür werde noch ausgearbeitet.

Herr **Möhle** äußerte sich positiv über das vorgestellte Konzept, kritisierte aber, dass dies zu kurz vor den Klausurtagungen sei, insbesondere da noch keine Fördermittelzusage erfolgt sei. Er beantragte, die Befassung mit dem Thema heute als erste Lesung zu klassifizieren.

Herr **Maruśič** erwiderte, dass das Warten auf den Förderbescheid zu lange dauern und sich die Maßnahme damit unverhältnismäßig verzögern würde. Er verwies diesbezüglich auf frühere Beschlüsse des APB und des Rates (z.B. bzgl. der Flussseeschwalbenkolonie).

Herr **Stoermer** fragte nach dem Zeitplan der Umsetzung des Konzepts.

Herr **Maruśič** antwortete, dass das Schiff im Herbst 2019 in die Werft gehen soll und Mitte 2020 an seinem neuen Liegeplatz vor dem Küstenmuseum festmachen soll.

Herr **Harms** erklärte, dass seitens der CDU noch keine Zustimmung zu dem Projekt erfolge, da die endgültigen Kosten noch nicht bekannt seien.

Prof. Dr. Preuß lobte den FB 63 für die Schnelligkeit bei der Erarbeitung des Konzeptes. Er regte an, evtl. noch Sponsoren zu suchen und mglw. auch die Bevölkerung einzubinden.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit 5 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme (Herr Walzner) und 3 Enthaltungen (Frau Breuer, Herr Möhle, Herr Harms) mehrheitlich:

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

- Das Feuerschiff „Weser“ wird gemäß des anliegenden Leistungsverzeichnisses umfassend Instand gesetzt.

- Dem anliegenden Ausstellungskonzept zur Installation einer Dauerausstellung gem. des anliegenden Konzeptes Küstenmuseum wird zugestimmt

- Der für die Verlegung an den Bontekai 55 notwendige Liegeplatz wird gemäß der anliegenden Kostenschätzung Instand gesetzt

- Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2,71 Mio € Investitionskosten für den Doppelhaushalt 2019/2020 zzgl. 140.000,00 € jährliche Unterhaltungsausgaben werden zur Verfügung gestellt

- Neben einer bereits beantragten Förderung durch den Bund in Höhe von 50 % der Investitionskosten wird die Verwaltung beauftragt, weitere Fördermittel (EFRE) bei der NBank zu beantragen

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Neugestaltung Bismarckplatz: Umbau Trafostation 266/2018

Frau **Wohler** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit 9 JA-Stimmen einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, das Trafogebäude am Bismarckplatz mit einer neuen Außenfassade zu verkleiden und ggf im 2. Bauabschnitt einen gewerblichen Anbau vorzunehmen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen und Verträge zu schließen.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Hotelprojekt Südstrand

Herr **Leinert** führte in das Thema ein. Bei dem Projekt handelt es sich um den Bau eines Hotels am Südstrand auf dem jetzigen Schotterparkplatz gegenüber des

ehemaligen Marlin/Südstrand 101. Hier bestehe seit 1982 ein rechtskräftiger Bebauungsplan. Es ist hier eine 6-geschossige Bebauung zzgl. eines Staffelgeschosses möglich, somit auch ein Hotel. Er verwies weiter auf die Ergebnisse des STEP plus-Prozesses (Förderung des Tourismus) sowie den Wunsch der CDU nach einem Hotelversorgungskonzept. Die Verkehrsentwicklung werde im Rahmen der Bearbeitung des Bebauungsplanes weiter untersucht.

Herr **Königstein** stellte daraufhin die bisherige Planung vor. Das Grundstück ist etwa 1.000 m² groß und wird zurzeit als Parkplatz genutzt. Die Parkplätze bleiben teilweise erhalten, zudem werden auf der 1. Ebene des Gebäudes weitere Parkplätze vorgehalten. Die 2. Ebene beinhaltet die Lobby, Bar und eine Gastronomie. Darüber sind 6 Etagen mit Hotelzimmern vorgesehen, dann eine große Dachterrasse mit Spa- und Wellnessbereich sowie einem großen Pool. Hierüber wiederum sind weitere 6 Geschosse mit Appartements vorgesehen, in welchen auch „Wohnen mit Service“ angeboten werden könnte. Insgesamt wäre man somit bei etwa 16 – 18 Geschossen und einer Gebäudehöhe von 55 m.

Herr **Leinert** wies darauf hin, dass in jedem Falle ein Bebauungsplanverfahren erforderlich sei. Hierbei könne man auch eine eventuelle Marina sowie eine Promenade mit in die Betrachtungen einfließen lassen. Zudem besteht die Möglichkeit der Durchführung eines Architektenwettbewerbs.

Herr **Königstein** wies darauf hin, dass die Gesellschaft ausreichend eigene Planer und Architekten sowie Projektentwickler habe, man aber einem Architektenwettbewerb durchaus positiv gegenüber stehe.

Herr **Schön** fand das Projekt interessant, verwies diesbezüglich aber auf das Tourismus- und Hotelkonzept. Erst danach könne man eine Entscheidung treffen.

Herr **Möhle** fragte, ob das Projekt mit der DEHOGA abgestimmt sei.

Herr **Königstein** erklärte, dass man grundsätzlich mit der DEHOGA zusammenarbeite. Zurzeit werde allerdings erst einmal geprüft, ob sich ein derartiges Projekt baurechtlich verwirklichen lasse.

Herr **Stamsen** (DEHOGA) fragte nach der Herkunft der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und der Bettenauslastung. Grundsätzlich stelle sich die DEHOGA nicht gegen derartige Projekte. Er verwies darauf, dass für die zu erwartenden Gäste aber auch Unterhaltungsmöglichkeiten in der Stadt geboten werden müssen. Zurzeit sei die Bettenauslastung in den Wintermonaten teilweise bei unter 10% und damit für die Betreiber existenzgefährdend.

Herr **Wohler** erachtet die Planung als weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Hotelplanung finde er städtebaulich grenzwertig. Er kritisierte, dass auswärtige Investoren hofiert und Einheimische hingegen mit allen möglichen Förderungen überzogen würden.

Frau **Breuer** wies darauf hin, dass hier lediglich eine Absichtserklärung und mögliche Planung vorgestellt werde, so dass man eine entsprechende Diskussionsgrundlage habe.

Frau **Weinstock** fragte, wie viele Hotels die Stadt noch vertragen würde ohne dabei einen Verdrängungswettkampf mit den vorhandenen Betreibern zu führen. Ein Hotelverträglichkeitskonzept sei hier durchaus wünschenswert.

Herr **Walzner** erklärte, dass er bei einem derartigen Objekt Probleme sehe bei der Erstellung der Fundamente.

Herr **Leinert** erklärte, dass es auf dem Grundstück seit 1982 Baurecht gibt und sich erst jetzt ein Investor/Interessent gefunden habe. Hinsichtlich der Wiesbadenbrücke verwies er auf die zeitliche Reihenfolge. Nach dem Erwerb wurde ein Architektenwettbewerb durchgeführt und danach der Bebauungsplan erstellt. Die Prüfung bzgl. Änderungen des Bebauungsplanes für dieses Projekt sei die gleiche wie bei der Wiesbadenbrücke. Eine Benachteiligung von Spar&Bau daher strikt zu verneinen, die Kritik von Herrn Wohler wies er strikt zurück. Zudem sei in diesem Bereich (Südstrand) eine städtebauliche Erneuerung nicht nur wünschenswert, sondern auch erforderlich.

Herr **Dr. Schulte** führte, aus, dass das vorgestellte Projekt gewöhnungsbedürftig und zu groß konzeptioniert sei. Die Notwendigkeit eines Hotelkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven sehe er nicht.

Herr **Prof. Dr. Preuß** erklärte, dass sich ein Objekt wie das vorgestellte an dieser Stelle wie ein Fremdkörper ausmache.

Herr **Scheller** (DEHOGA) führte aus, dass sich mit der vorgestellten Planung bei einer Verwirklichung des Projektes die Bettenzahl in Wilhelmshaven fast verdopple. Seines Erachtens gehe diese Entwicklung zu schnell. Er fragte, ob auch die Attraktivität der Stadt in gleichem Maße und Tempo gesteigert werden könne.

Herr **Königstein** verwies bezüglich des derzeitigen Hotelbooms auf die zurzeit günstigen Zinsen. Dies werde sich aber in absehbarer Zeit ändern.

Herr **Möhle** bewertete die Diskussion als eine Art 1. Lesung, weitere Diskussionen in den Fraktionen seien erforderlich. Er verlas daraufhin den Antrag der CDU/WBV-Fraktion auf Erstellung eines Hotelkonzeptes.

6.2 Produktberichte II/2018

Herr **Leinert** führte aus, dass sämtliche Produkte als nicht gefährdet eingestuft wurden. Auf weitere Ausführungen wurde verzichtet.

6.3 CIMA-Gutachten

Herr **Möhle** kritisierte, dass er erst aus der Zeitung (02.10.2018) erfahren habe, dass seitens der Verwaltung Einkaufszentren festgelegt wurden, ohne dass der Ausschuss vorher das CIMA-Gutachten bzw. entsprechende Vorlagen für diese Einkaufszentren beraten habe. Er verwies in diesem Zusammenhang auf geplante Nahversorgungszentren am Rathausplatz, in Voslapp sowie am ehemaligen Schlachthof. Hiervon sei ihm nichts bekannt gewesen. Auch sei ihm nicht bekannt, dass hierfür entsprechende Bebauungspläne beschlossen worden seien. Insbesondere die Planungen am ehemaligen Schlachthof widersprächen allen Wünschen und Forderungen der Politik, welche hier eine dementsprechende Bebauung der westlichen Marktstraße präferiere. Er betrachte es als unglücklich, wenn seitens der Verwaltung entsprechende Beschlüsse unter Umgehung der Politik veröffentlicht werden.

Herr **Leinert** entgegnete, dass es einen CIMA-Arbeitskreis gibt, welcher öffentlich

tagt, so dass eine Teilnahme durchaus möglich ist. Der Bericht der WZ ist die Folge einer entsprechenden Anfrage an diesen Arbeitskreis bezüglich entsprechender Arbeitsergebnisse. Bezüglich der Bebauung am Schlachthof verwies er auf die erteilte rechtsgültige Baugenehmigung.

Herr **Amerkamp** ergänzte, dass der Arbeitskreis zur 2. Fortschreibung des CIMA-Einzelhandelskonzeptes mit allen wichtigen Einzelhandels- und sonstigen Vertretern der Stadt Wilhelmshaven sowie Vertretern der CIMA besetzt sei (GöBi, FCN, IHK, Einzelhandelsverband Nordwest u.v.a.). Die CIMA hat den Auftrag zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes und hat hierfür eine Analyse durchgeführt und bewertet. U.a. wurde abgefragt, was sich seit der ersten Fortschreibung verändert hat (im Rat beschlossen Ende 2014). Es besteht seitens der Nahversorger eine große Nachfrage insbesondere auch nach Vergrößerung und Modernisierung der bestehenden Märkte. Ebenfalls wurde abgefragt, wo im Zuge einer möglichen Projektentwicklung bereits Objekte durch künftige Investoren erworben wurden (z.B. das Postgebäude). Diese Projekte bzw. Projektideen müssen auch jetzt schon in der Fortschreibung mit abgearbeitet werden, um auch die mögliche Tragfähigkeit festzustellen. Ist ein solches Projekt gem. Fortschreibung dann ausreichend tragfähig, ist ein Bebauungsplan zu erstellen. Dann wird auch entsprechend die Politik beteiligt.

Herr **Möhle** entgegnete, dass das Verfahren durchaus in Ordnung sei. Er habe bereits mehrfach angefragt, was mit dem CIMA-Gutachten sei und sei nun sehr ärgerlich, aus der Presse zu erfahren, was alles beschlossen worden sei und was nicht. Dies sei ein sehr schlechter Stil der Verwaltung.

6.4 Städtebauförderung

Herr **Winde** erläuterte kurz den aktuellen Sachstand bezüglich der Förderungen in den Sanierungs- und Stadtumbaugebieten. Die Förderungen 2018 betragen für die westliche Südstadt 1.080.000 €, östliche Südstadt/städtebaulicher Denkmalschutz 200.000 € und für das Stadtumbaugebiet West 644.000 €.

7 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand mangels Nachfrage nicht statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:20 Uhr

Vorsitzende/r Protokollführer/in

Dezernent